bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN

FOTO: SPD LAND BREMEN

Annika Barlach, unsere Kandidatin zur Europawahl.

ES GEHT UM VIEL BEI DER EUROPAWAHL AM 9. JUNI 2024

Annika Barlach ist unsere Frau für Brüssel und Straßburg

Am 9. Juni findet im nächsten Jahr die Wahl des Europäischen Parlaments statt. Die Wahl findet angesichts der multiplen Krisen in einer fordernden und herausfordernden Zeit statt. Es geht um viel: Es besteht ganz konkret die Gefahr der schleichenden Aushöhlung des sozialen und humanen Europas und damit verbunden geht es um den Bestand der europäischen Solidarität. Wegen des Rechtsrucks in vielen europäischen Ländern braucht es eine starke Sozialdemokratie im Europäischen Parlament als Gegengewicht. **Wir müssen mit unseren Antworten und Lösungen die Köpfe und die Herzen und auch das Bauchgefühl der Menschen erreichen:**

- Unser Ziel ist ein **Europa des Respekts**. Es geht um die gemeinsamen Werte für Freiheit, Demokratie und Frieden auf dem Kontinent. Es geht um Wohlstand für viele, nicht für wenige. Es geht um gute Arbeit. Es geht um das Versprechen der Solidarität, füreinander einzustehen, wenn Hilfe nötig ist.
- Wir schaffen ein **Europa der Zukunft**. Die SPD ist vor über 160 Jahren entstanden, um aus Veränderung Fortschritt für alle zu machen. Heute treten wir an, um für einen Fortschritt zu sorgen, der wirtschaftliche Dynamik, soziale Gerechtigkeit und ökologische Vernunft vereint.
- Unsere Antwort auf die globalen Herausforderungen und sicherheitspolitischen Veränderungen ist ein **starkes Europa in der Welt**. Es gilt, noch intensiver nach Gemeinsamkeiten der Mitgliedstaaten zu suchen und mit einer Stimme in der Welt zu sprechen.

» Die Einheit Europas ist eine zivilisatorische Errungenschaft. Sie ist unsere Chance auf eine bessere Zukunft im 21. Jahrhundert. «

Die EU sichert den Rechtstaat, die Demokratie, Arbeitsplätze und Frieden, sie baut den Klimaschutz mit Nachdruck aus. All das ermöglicht den Menschen in Europa ein freies und selbstbestimmtes Leben.

Die Bremer SPD hat am 12. Oktober 2023 ihre Kandidierenden für die SPD-Bundesliste zur Europawahl 2024 nominiert: Auf dem 1. Bremer Platz steht Annika Barlach (Ersatzkandidatin: Lizza Besecke), 2. Bremer Platz: Ingrun Belzer (Ersatzkandidatin: Moniek Tienken), 3. Bremer Platz: Timo Nobis (Ersatzkandidat: Timo Leib). Damit ist Annika unsere Frau für Brüssel und Straßburg, sie werden wir besonders herausstellen. Annika ist 35 Jahre alt, Politikwissenschaftlerin, arbeitet aktuell abgeordnet von der Sozialbehörde in der Bremer Landesvertretung in Brüssel. Sie kennt sich also auf einem wichtigen Politikfeld der Europapolitik sehr gut aus und ist bereits gut vernetzt auf ihrem zukünftigen Wirkungsfeld. Die SPD-Liste zur Europawahl wird auf einer Bundesdelegiertenkonferenz am 28. Januar 2024 abschließend aufgestellt.

Erstmals können bei einer Europawahl in Deutschland 16-Jährige wählen. Wir wissen: Die erste Wahl hat großen Einfluss darauf, welche Partei sie langfristig wählen. Wir wollen daher möglichst viele Erstwähler*innen von der SPD überzeugen und langfristig als Wähler*innen gewinnen.

Die Mobilisierung der eigenen Anhänger steht im Mittelpunkt unserer Kampagne. Wir müssen an die Orte gehen, an denen unsere Wähler*innen sind, dafür müssen wir uns intensiv mit den Daten aus der letzten Bürgerschaftswahl beschäftigen. Wir dürfen nicht warten, dass sie zu uns kommen – sondern müssen sie direkt aufsuchen – am besten durch Formate wie an den „Türen klopfen“.

Wir als SPD LAND BREMEN starten am 5. April mit einer großen Festveranstaltung zu unserem 160. Parteijubiläum in den Wahlkampf zur Europawahl 2024.

MIT KRAFT UND ZUVERSICHT INS NEUE JAHR

Ein Rückblick auf das politische Jahr 2023 und ein Ausblick auf 2024

Interview mit Bürgermeister Andreas Bovenschulte, Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen

FOTO: STEFAN SCHMIDBAUER FÜR SPD LAND BREMEN

Andreas Bovenschulte bei den „Bremen-Botschaftern“: die Bremer Stadtmusikanten, nach wie vor Sinnbild für Solidarität.

Das Jahr neigt sich dem Ende und die Feiertage stehen vor der Tür. Eine gute Gelegenheit, auf das Jahr zurückzublicken. Wie war 2023 für dich?
Das Jahr 2023 war – wie auch die vergangenen Jahre – sehr turbulent. Mit Höhen und Tiefen, Glücksmomenten, aber auch alten und neuen Herausforderungen.

Bleiben wir erst mal beim Positiven …
Mit Blick auf die Partei war das natürlich der Sieg der SPD bei der Bürgerschaftswahl im Mai. Es war ein großer Erfolg für uns, nach vier Jahren wieder die stärkste Kraft im Land zu werden: Wir konnten Sitze in den Beiräten und in der Stadtverordnetenversammlung zurückgewinnen, die Zahl unserer Abgeordneten und Senatsmitglieder erhöhen und stellen wieder die Präsidentin der Bremischen Bürgerschaft.

Die 30 Prozent hat die SPD allerdings knapp verpasst. Wurmt dich das?
Ich würde lügen, wenn ich bestreiten würde, dass ich eine drei vorne schöner gefunden hätte. Aber am Ende kommt es darauf an, dass wir die Menschen mit unserer Politik sowie unseren Kandidatinnen und Kandidaten überzeugt haben. Die SPD Bremen und die SPD Bremerhaven sind im Wahlkampf geschlossen aufgetreten, haben an unzähligen Türen geklingelt, Gespräche geführt und konnten die Menschen für sich gewinnen. Dafür bin ich jeder Einzelnen und jedem Einzelnen dankbar, denn nur gemeinsam sind wir erfolgreich.

Wenn wir den Blick mal erweitern und nicht nur auf die Partei schauen – wie sind Bremen und Bremerhaven durch das Jahr 2023 gekommen?
Wir haben ja unruhige Jahre hinter uns. Erst die Corona-Pandemie, deren Folgen hier und da noch spürbar sind, der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und die damit verbundene Energiepreiskrise, die starke Zunahme der Migration, die immer stärker sichtbar werdenden Folgen der Klimakrise und im Oktober dieses Jahres dann der Terrorangriff der Hamas auf Israel. Als Politik waren wir immer wieder gefordert, so schnell wie möglich Antworten auf diese Krisen zu geben und die Menschen so gut es geht in ihrem Alltag zu unterstützen. Ich finde, dass wir in Bremen und Bremerhaven diese Krisen noch vergleichsweise gut meistern – durch klare politische Entscheidungen, aber auch durch einen guten Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Ich bin sehr froh, dass die Solidarität hier vor Ort auch angesichts der Eskalation im Nahen Osten trägt. Der ganz überwiegende Teil der Menschen in unseren beiden Städten steht gegen Spaltung, Hass und Hetze ein. Wir wollen und wir werden auch künftig klare Kante zeigen: gegen Antisemitismus, gegen anti-muslimischen Rassismus und gegen alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Apropos „Spaltung, Hass und Hetze“: Wie blickst du auf das Erstarken der rechten Kräfte in unserem Land?
Um ehrlich zu sein, ist dies eines der Themen, die ich auf meiner Negativliste für 2023 und auch als große Herausforderung der kommenden Zeit ganz weit oben stehen habe. Die Ergebnisse der letzten beiden Landtagswahlen in Bayern und Hessen waren desaströs: In Hessen konnte die AfD die zweitmeisten Stimmen holen, in Bayern steht sie auf Platz 3 nach den Freien Wählern, die aber ja bekanntermaßen auch für Spaltung und Populismus stehen. Und auch bei der Bürgerschaftswahl in Bremen mussten wir ein Erstarken der rechten Kräfte beobachten.

Wie können Politik und/oder Gesellschaft nun darauf reagieren?
Für mich ist ganz klar, dass das eine Gemeinschaftsaufgabe von Politik und Gesellschaft ist. Die Politik ist gefordert, sachliche Antworten und Lösungen auf die drängenden Fragen und Probleme unserer Zeit zu finden. Und was mindestens genauso wichtig ist: Wir müssen mit diesen Antworten und Lösungen die Köpfe und auch die Herzen und das Bauchgefühl der Menschen erreichen. Die Rechtspopulisten bedienen gerne das Klischee von „denen da oben, die für den kleinen Mann und die kleine Frau nix tun“. Dieses Bild ist völlig falsch und es ist unsere Aufgabe das immer wieder deutlich zu machen – durch gute Politik und durch gute Kommunikation. Aber ich sehe auch ganz klar die Gesellschaft in der Pflicht. Jede und jeder Einzelne von uns muss rechtem Gedankengut entschieden entgegenstehen – bei der Diskussion in der Nachbarschaft, beim Pausengespräch mit den Kolleginnen und Kollegen oder auf der Weihnachtsfeier im Sportverein.

Wie schätzt du die Lage in Bremen und Bremerhaven ein?
Wie schon gesagt, auch in unseren beiden Städten haben die rechtspopulistischen Kräfte dazugewonnen und werden in der täglichen politischen Arbeit präsenter. Ich weiß aber auch, dass Bremen und Bremerhaven seit jeher weltoffene und solidarische Städte sind und bekomme genau dies auch in unzähligen Gesprächen und Begegnungen widergespiegelt. Das gibt mir Mut und stimmt mich hoffnungsvoll. Aber trotzdem dürfen wir uns nicht in Sicherheit wiegen. Wir müssen den Menschen immer wieder zeigen, dass die Rechtspopulisten keine Antworten auf die schwierigen Fragen unserer Zeit haben. Sie spalten die Gesellschaft und hetzen die Menschen gegeneinander auf – insbesondere die, die wenig haben, gegen die, die nichts haben. Wir dagegen stehen für ein Gemeinwesen, in dem alle die Chance haben, etwas aus ihrem Leben zu machen.

Werfen wir einen Blick auf das kommende Jahr. Du hast am Anfang von „neuen Herausforderungen“ gesprochen. Welche kommen da auf uns zu?
Ein Wort, das im Moment in aller Munde

ZUR PERSON:

FOTO: STEFAN SCHMIDBAUER FÜR SPD LAND BREMEN

Andreas Bovenschulte ist seit Mitte August 2019 Bremer Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen. Zuvor war er in der Nachbargemeinde Weyhe von 2014 bis 2019 Bürgermeister. Andreas Bovenschulte ist seit 1984 Mitglied der SPD und seit 30 Jahren Mitglied der Gewerkschaft ver.di. Von Juni 2010 bis Dezember 2013 war er Vorsitzender der SPD LAND BREMEN. Zur Bürgerschaftswahl am 14. Mai 2023 war er Spitzenkandidat der SPD. Am 5. Juli 2023 wurde er erneut von der Bremischen Bürgerschaft zum Bürgermeister und zum Präsidenten des Senats der Freien Hansestadt Bremen gewählt.

»Wir müssen mit diesen Antworten und Lösungen die Köpfe und auch die Herzen und das Bauchgefühl der Menschen erreichen.« *Andreas Bovenschulte*

ist und die Herausforderungen der kommenden Jahre ziemlich gut beschreibt, ist das Wort „Transformation". Unsere Art zu wirtschaften und zu arbeiten steht vor großen Veränderungen. Die Stichworte sind Digitalisierung, Dekarbonisierung und demographischer Wandel. Und gleichzeitig werden uns auch im nächsten Jahr noch die Spätfolgen der Pandemie und die Folgen des Ukraine-Kriegs beschäftigen.

Was wird in Bremen und Bremerhaven getan, um diese Herausforderungen zu bewältigen?
Erst einmal möchte ich klarstellen, dass ich den vor uns liegenden Transformationsprozess grundsätzlich positiv bewerte. Ich begreife ihn als Chance und nicht als Schreckgespenst. Wir müssen aber die Menschen auf diesem Weg mitnehmen. Deshalb darf Transformation auch nicht auf eine technokratische Operation verkürzt werden. Als SPD müssen wir dafür sorgen, dass sozialer Zusammenhalt und soziale Sicherheit nicht unter die Räder kommen. „Innovation und Gerechtigkeit" – das ist es, was wir brauchen. Und dafür bedarf es in den nächsten Jahren erheblicher privater und öffentlicher Investitionen in unsere Infrastruktur und in den Umbau unserer Wirtschaft. Dafür haben wir ja Anfang des Jahres einen 2,5 Mrd. Zukunftsfonds auf den Weg gebracht.

Wie kann das funktionieren mit Blick auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem November?
Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Schuldenbremse hat die rechtlichen Anforderungen an die Aufnahme von Krediten verschärft, keine Frage. Das gilt für den Bund, das gilt aber auch für die Länder. Wir werden diese Anforderungen selbstverständlich beachten. Zugleich werden wir alles dafür tun, damit Bremen und Bremerhaven den wirtschaftlichen und ökologischen Transformationsprozess gut bewältigen können. Die Schuldenbremse darf nicht zur Zukunftsbremse werden. Deshalb werden wir, um ein Beispiel zu nennen, das Projekt „Grüner Stahl" weiterhin mit Hochdruck verfolgen, auch wenn es uns als Land einen dreistelligen Millionenbetrag kosten wird. Wir können ja unser Stahlwerk mit seinen 3.500 Beschäftigten nicht auf dem Altar der Schuldenbremse opfern. Davor dürfte selbst die Opposition zurückschrecken. Ich bin zuversichtlich, dass wir hier gute Lösungen finden werden.

Zum Abschluss noch eine letzte Frage: Was wünschst du dir für 2024?
Ich wünsche mir eine weiterhin starke SPD, weiterhin starke Städte Bremen und Bremerhaven und dass der Geist des Miteinanders und der Solidarität auch künftig trägt. Und mit Blick auf die Weltlage wünsche ich mir ganz einfach: mehr Frieden, weniger Krieg!

Vielen Dank für das Gespräch. ■

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD LAND BREMEN
Violenstraße 43
28195 Bremen
info-land-bremen@spd.de

Redaktion:
Roland Pahl (V.i.S.d.P.)
Namentlich gezeichnete Beiträge werden von den Autoren verantwortet.

Seite 4: SPD-Bürgerschaftsfraktion Bremen, Andreas Reißig (V.i.S.d.P.), Wachtstraße 27/29, 28195 Bremen

ANZEIGE

INFO

NEUER ONLINE-AUFTRITT DER SPD-FRAKTION

Neue Legislaturperiode – neue Internetpräsenz: Die SPD-Fraktion hat ihre Homepage grundlegend überarbeitet. Sie erscheint jetzt in einem neuen Gewand. Was sich aber nicht verändert hat: Nach wie vor finden sich dort Informationen zu unseren Abgeordneten und unserer politischen Arbeit. Aktuelle Initiativen sind dort ebenso zu finden wie Pressemitteilungen und andere Veröffentlichungen wie zum Beispiel der tagesaktuelle Parlamentsticker. Auch finden sich dort unsere Termine – so wie aktuell etwa unsere Telefonsprechstunde.

Gleich geblieben ist auch die Adresse. Wir sind zu finden unter:

www.spd-fraktion-bremen.de

FOTO: SPD-FRAKTION

INVESTITIONEN ERMÖGLICHEN

SPD-Fraktionschef Mustafa Güngör spricht sich erneut klar dafür aus, die Schuldenbremse aus dem Grundgesetz zu streichen

Der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Mustafa Güngör, hat sich erneut deutlich für eine Abschaffung der Schuldenbremse ausgesprochen. „Die Schuldenbremse in Deutschland ist zu einem reinen Fetisch verkommen – und zwar im Bund wie in den Ländern und vor allem in Zeiten dieser multiplen Krisen. Und deshalb müssen wir diesen Fetisch der Schuldenbremse so schnell wie möglich überwinden“, sagte er im Vorfeld des Bundesparteitags der SPD, und kündigte an, als Delegierter diese Position nachdrücklich zu vertreten.

„Heute zeigt sich, dass es ein Fehler war, die Schuldenbremse jemals in unserer Verfassung zu verankern“, führte Güngör aus. Deshalb sei für ihn klar, dass diese nicht nur ausgesetzt werden, sondern ganz aus dem Grundgesetz verschwinden müsse.

Güngör: „Ich finde, wir müssen mit den Konservativen endlich eine offensive Auseinandersetzung darüber führen, was Generationengerechtigkeit wirklich bedeutet: Wollen wir unseren Kindern eine lebenswerte Welt hinterlassen – mit einem erträglichen Klima, guten Bildungschancen und einer gesunden Infrastruktur? Oder wollen wir ihnen eine ‚Schwarze Null‘ hinterlassen, auf die wir dann stolz wie Bolle sind?“

„Die großen Zukunftsaufgaben sind im Rahmen der regulären Haushaltsführung kaum mehr zu stemmen – das gilt im Bund wie in den Ländern“, zeigte sich Güngör überzeugt. „Und deshalb ist diese Schuldenbremse nichts anderes als eine Zukunftsbremse, die uns daran hindert, den Investitionsstau von 16 Jahren Kanzlerschaft Angela Merkel zu beseitigen.“

Auch fiskalisch sei das Festhalten an der Schuldenbremse absurd, betonte Güngör. „Wenn wir in dieser Zeit der Transformation nicht massiv investieren, dann sind die Folgekosten am Ende doch viel höher als die Zinslast, die wir unseren Kindern und Enkeln hinterlassen. Und deshalb müssen wir entschieden widersprechen, wenn ein so marktliberaler falscher Fuffziger wie Christian Lindner meint, der Staat dürfe – anders als Unternehmen – für Zukunftsinvestitionen keine Kredite aufnehmen. Wer nicht zur richtigen Zeit in die Zukunft investiert, der wird in jeder Hinsicht abgehängt – das ist die bittere Realität! Und anders als Linder, Merz oder Söder behaupten, lässt sich das auch nicht mit asozialen Kürzungsvorschlägen bei den Ärmsten der Armen gegenfinanzieren – jedenfalls nicht mit uns Sozialdemokraten!“

„Deshalb müssen wir in dieser Sache harte Kante gegen die FDP zeigen“, forderte Güngör. „Wir müssen die CDU in die Verantwortung zwingen, die in den Ländern angesichts des Blindflugs von Merz die Hände über dem Kopf zusammenschlägt! Und wir müssen diese Zukunftsbremse in einer Koalition der Willigen jetzt entschärfen – und so schnell es nur geht in Gänze überwinden!“ ■

SACHKUNDENACHWEIS FÜR HUNDEHALTER

Bürgerschaft will mit neuer Regelung für sichereren Umgang mit Tieren in der Öffentlichkeit sorgen

Wer in Bremen einen Hund hält, soll künftig einen Sachkundenachweis erbringen müssen, für den eine theoretische und praktische Prüfung notwendig ist. Die Bürgerschaft hat einen Antrag der rot-grün-roten Koalition und der CDU beschlossen, der den Senat auffordert, zeitnah eine gesetzliche Regelung vorzulegen, die an ein in Niedersachsen bereits 2013 eingeführtes Modell angelehnt ist. „Mit unserem Antrag wollen wir die Sicherheit der Menschen erhöhen und für einen deutlich sichereren Umgang mit Hunden in der Öffentlichkeit sorgen“, betonte Holger Welt, Sprecher für Tierschutz der SPD-Fraktion.

Immer wieder sei in den Medien von gefährlichen Attacken, mit teilweise schweren Verletzungen. zu lesen. „Schuld dabei ist in den allermeisten Fällen die mangelnde Kompetenz und die fehlende Sachkenntnis der Halter:innen“, betonte Welt. Auch in Bremen habe es kürzlich einen solchen, dramatischen Vorfall gegeben, als ein kleines Kind durch die Beißattacke eines Rottweilers gefährlich verletzt wurde. Und auch daher solle nun in Bremen angelehnt an das in Niedersachsen bereits 2013 eingeführte Modell gesetzlich festgelegt werden, dass alle angehenden Hundehalter:innen sich künftig sachkundig machen müssen. Dies sei auch aus Sicht des Tierschutzes richtig und wichtig, betonte der Sozialdemokrat. Denn weil so viele Tiere ohne Sachverstand gekauft und gehalten würden, platzten die Tierheime aus allen Nähten.

Welt betonte aber auch und vor allem den Aspekt der Sicherheit. „Im Verlauf eines Sachkundeunterrichts soll der angehende Halter seinen Hund richtig einschätzen lernen, um gefährliche Situationen erkennen zu können – und um dann in der Lage zu sein, etwaigen Gefahren vorzubeugen“, sagte er. „Jeder Halter muss seinen Hund so kontrollieren können, dass von diesem keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ausgeht! Beißattacken durch Hunde darf es nicht geben!“ ■

FOTO: SPD-FRAKTION